

## Sieben Anwälte klagen unter Berufung auf Völkermordkonvention historisch gegen Kanada

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Dimitri Lascaris (DL):** Guten Tag, mein Name ist Dimitri Lascaris und ich melde mich am 6. November 2024 aus Ottawa, Kanada. Heute habe ich zusammen mit sechs weiteren Anwälten aus dem ganzen Land im Namen von zwei palästinensischen Kanadiern, die im vergangenen Jahr Dutzende ihrer Familienmitglieder in Gaza verloren haben und deren Bitten um Hilfe und Gerechtigkeit von der kanadischen Regierung viel zu lange völlig unbeachtet blieben, eine Klage gegen die Regierung von Kanada eingereicht. Nachdem wir gestern unsere Klageschrift beim Obersten Gerichtshof von Ontario eingereicht hatten, hielten wir hier in Ottawa eine Pressekonferenz ab, auf der ich zusammen mit meinem Kollegen Shane Martinez und einem der Kläger, Hany El-Batnigi, der im Anschluss eine bewegende Erklärung abgab, sprach. Anschließend beantworteten wir einige Fragen der Medien. Zwei Mitglieder unseres Teams waren in Ottawa, konnten aber nicht an der Pressekonferenz teilnehmen. Dabei handelte es sich um Professor Faisal Bhabha von der Osgoode Hall Law School an der York University und Yavar Hameed, einen erfahrenen Anwalt hier in Ottawa, der in privater Praxis tätig ist. Sie hören von ihnen am Ende des Videos von unserer Pressekonferenz, welches ich Ihnen gleich zeigen werde. Außerdem befanden sich drei Mitglieder unseres Teams heute nicht in Ottawa, die ich jedoch erwähnen möchte, da ihre Arbeit für dieses gesamte Projekt von unschätzbarem Wert war. Asaf Rashid, ein Strafverteidiger in Halifax, Jouman El-Asmar, ein Anwalt für Einwanderungsrecht in Edmonton, und Professor Emilio Dabed, ein Juraprofessor chilenischer und palästinensischer Herkunft, der diese Woche auf Reisen ist. Ich hoffe, dass die kanadische Regierung endlich versteht, dass Bürger mit Gewissen alle rechtmäßigen Maßnahmen ergreifen werden, um diesem Völkermord ein Ende zu setzen und all diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die zur Verantwortung gezogen werden sollten und müssen. Dies ist eine historische Klage. Wir wissen nicht, wie sie ausgehen wird, aber Sie können sicher sein, dass alle sieben Anwälte, die auf Pro-Bono-Basis arbeiten, ihr Möglichstes tun werden, um am Ende Gerechtigkeit zu erreichen.

**DL:** Guten Morgen. Mein Name ist Dimitri Lascaris. Ich bin einer von sieben Anwälten in der Koalition zur Rechenschaftspflicht Kanadas in Gaza. Wir vertreten zwei palästinensische Kanadier, Hany El-Batnigi und Tamer Jarada. Herr El-Batnigi befindet sich heute hier zu meiner Rechten. Am 13. März 2024 kündigten unsere Mandanten, die Dutzende von Familienmitgliedern durch die Angriffe Israels auf Gaza verloren haben, ihre Absicht an, Ansprüche gegen die kanadische Regierung geltend zu machen. Seitdem hat die kanadische Regierung nichts unternommen, um auf ihre Bitten einzugehen. Gestern haben wir in ihrem Namen eine Zivilklage eingereicht, in der wir vom Obersten Gerichtshof von Ontario ein Urteil über die Nichterfüllung der Pflicht Kanadas, alle angemessenen Maßnahmen zur Verhinderung von Völkermord zu ergreifen, verlangen und die Verletzung der Grundrechte unserer Mandanten geltend machen. Seit über einem Jahr schaut die Welt entsetzt zu, wie Israel in Gaza einen Völkermord verübt. Palästinensische Flüchtlinge sind bei lebendigem Leibe verbrannt. Israelische Scharfschützen haben palästinensischen Kindern in den Kopf geschossen, während diese in oder in der Nähe ihrer Häuser spielten. Ärzte wurden gezwungen, palästinensischen Kindern ohne Betäubung Amputationen vorzunehmen. Palästinensische Kinder wurden von den von Israel mit westlicher Unterstützung eingesetzten Bomben getroffen und in eingestürzten Gebäuden begraben. Manchmal konnte ihnen niemand zu Hilfe kommen, bevor sie starben – ein qualvoller und einsamer Tod. Die offizielle Zahl der palästinensischen Kinder, die in Gaza starben, liegt inzwischen bei über 16.000. Die tatsächliche Zahl ist sicherlich weit höher. Die Zahl der palästinensischen Kinder, die behindert, verwundet, traumatisiert oder zu Waisen wurden, ist noch viel höher.

Seit mehr als einem Jahr verfolgt Israel eine vorsätzliche Politik, palästinensischen Kindern Nahrung und Wasser vorzuenthalten. Ärzte in Gaza haben der Welt Bilder von abgemagerten Babys am Rande des Todes offenbart. Die bisher von mir genannten Opferzahlen geben die ganze Tragweite der Situation jedoch noch nicht einmal annähernd wieder. Im Juli dieses Jahres veröffentlichte die renommierte medizinische Fachzeitschrift The Lancet einen Bericht, in dem die tatsächliche Zahl der Todesopfer in Gaza beziffert wurde. In The Lancet heißt es dazu: „Bewaffnete Konflikte haben indirekte Auswirkungen auf die Gesundheit, die über die direkten Schäden durch Gewalt hinausgehen. Selbst wenn der Konflikt sofort beendet werden würde, wird es in den kommenden Monaten und Jahren weiterhin viele indirekte Todesfälle geben. In den jüngsten Konflikten lag die Zahl dieser indirekten Todesfälle zwischen dem Dreifachen und dem 15-Fachen der Zahl der direkten Todesfälle". The Lancet legte eine konservative Schätzung von vier indirekten Todesfällen pro direktem Todesfall auf die 37.396 offiziellen Todesfälle, die zu diesem Zeitpunkt gemeldet wurden, zugrunde und kam zu dem Schluss, dass 186.000 Todesfälle mit großer Wahrscheinlichkeit auf den Krieg Israels gegen Gaza zurückzuführen sind. In einem am 10. Oktober veröffentlichten Bericht dokumentierte die unabhängige internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für das besetzte palästinensische Gebiet in Israel, dass Israel im Rahmen eines umfassenderen Angriffs auf Gaza eine konzertierte Politik zur Zerstörung des Gesundheitssystems von Gaza verfolgt hat. Die Kommission untersuchte auch die Behandlung palästinensischer Häftlinge in Israel und [israelischer] Opfer seit dem 7. Oktober und kam zu dem Schluss, dass Israel für Folter und sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt verantwortlich ist. Und das ist noch nicht alles. Israel hat

wiederholt Schulen bombardiert, die von der UNRWA betrieben wurden und in denen Vertriebene Zuflucht fanden. Israel hat die Universitäten von Gaza zerstört. Während dieser Zeit des Schreckens wurde Kanadas Unterstützung für Israel nicht in Frage gestellt. Obwohl Justin Trudeau und Mélanie Joly regelmäßig ihre tiefe Besorgnis über die Notlage der Palästinenser zum Ausdruck brachten, haben sie ihre angebliche Besorgnis nicht ein einziges Mal durch echte Maßnahmen untermauert. Kanada hat keine nennenswerten Sanktionen gegen israelische politische oder militärische Führer verhängt. Es erlaubt weiterhin kanadischen Staatsbürgern, im israelischen Militär zu dienen. Es erlaubt weiterhin die Lieferung von in Kanada hergestellter Militärausrüstung nach Israel und erwirbt sogar tödliche Waffen von Israel. Kanada gewährt israelischen Unternehmen weiterhin Handelsvorteile, auch solchen, die in illegalen Siedlungen im Westjordanland ansässig sind. Kanada gewährt weiterhin kanadischen Körperschaften, die Geld nach Israel schleusen oder Israels Verbrechen beschönigen, den Status einer gemeinnützigen Organisation.

Am 26. Januar dieses Jahres entschied der Internationale Gerichtshof, dass Israel im Sinne der Völkermordkonvention einen Völkermord begehen könnte. Am selben Tag setzte Kanada die Finanzierung der UNRWA aus, der wichtigsten humanitären Organisation, die im Gazastreifen tätig ist. Dies geschah aufgrund von Anschuldigungen Israels, dem Urheber dieses Völkermords, dass eine kleine Anzahl von UNRWA-Mitarbeitern in untergeordneter Position an den Angriffen vom 7. Oktober beteiligt gewesen sei. Monate danach, verspätet, stellte Kanada seine Finanzierung für UNRWA wieder ein, aber erst nachdem die internationalen Medien aufgedeckt hatten, dass die Anschuldigungen Israels nicht durch einen einzigen glaubwürdigen Beweis gestützt werden konnten. Kanada blieb untätig und ermutigte Israel dadurch, noch dreister zu agieren. Tatsächlich hat Israel inzwischen jede größere Menschenrechtsorganisation in Palästina als terroristische Vereinigung eingestuft. Heute erkennt die Welt deutlich, dass Kanada, wenn es um das Leid der Palästinenser, unserer Brüder und Schwestern in Palästina, geht, keine rote Linie kennt. Es gibt keine Gräueltat, die Israel begehen kann, die Kanadas Unterstützung für Israel beenden würde. Unsere Mandanten und alle palästinensischen Kanadier sind in der Tat Opfer des anti-palästinensischen Rassismus Kanadas. Angesichts so viel Leid und so viel Gleichgültigkeit der Regierung gegenüber ihrem Schmerz haben unsere Mandanten beschlossen, Gerechtigkeit zu suchen. Wie der ehemalige Richter am Obersten Gerichtshof der USA, Louis Brandeis, sagte: „Sonnenlicht ist das beste Desinfektionsmittel.“ Mit Unterstützung eines Teams von Anwälten, die diesen Rechtsstreit auf Pro-Bono-Basis führen, werden Hany und Tamer, unsere Mandanten, ein reinigendes Licht auf Kanadas unhaltbare Unterstützung für das völkermörderische Regime Israels werfen. Darüber hinaus werden weder sie noch ihre Anwälte aufhören, bis Kanada zur Rechenschaft gezogen wurde. Selbst wenn Israel morgen seinen Völkermord stoppen würde, wird dieser Rechtsstreit weitergehen. Wir werden nicht nachgeben. Wir werden der kanadischen Regierung keinen Freifahrtschein ausstellen. Ich bitte nun meinen Kollegen Shane Martinez, auf die rechtliche Natur der Ansprüche unseres Mandanten einzugehen. Shane ist Anwalt in der kanadischen Niederlassung des Internationalen Zentrums für Gerechtigkeit für Palästinenser, dessen Tätigkeitsschwerpunkt auf Straf- und Menschenrechtsrecht liegt. Und nachdem mein Kollege

seine Ausführungen gemacht hat, wird Hany eine kurze Erklärung abgeben und anschließend werden wir Fragen der Medien beantworten.

**Shane Martinez (SM):** Vielen Dank und guten Morgen. Der heute bekannt gegebene Fall stellt einen wichtigen Meilenstein bei der Rechenschaftspflicht Kanadas dar, da das Land keine angemessenen Maßnahmen zur Verhinderung der völkermörderischen Kampagne Israels gegen das palästinensische Volk ergriffen hat. Kanada weigert sich, die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten, wenn es um die Streitkräfte Israels geht. Diese Weigerung, in Kombination mit der Stärkung der militärischen Fähigkeiten Israels durch Kanada, hat verheerende Folgen für palästinensische Kanadier, einschließlich unserer Mandanten. Diese Folgen haben zwei der wichtigsten Rechtsinstrumente, die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes und die Kanadische Charta für Rechte und Freiheiten, in Anspruch genommen. In unserer Klage machen wir geltend, dass Kanada, indem es seiner gesetzlichen Pflicht, alle angemessenen Maßnahmen zur Verhinderung des Verbrechens des Völkermordes am palästinensischen Volk in Gaza zu ergreifen, nicht nachgekommen ist, kausal zu Verletzungen der Rechte unserer Mandanten gemäß der Charta beigetragen hat. Zunächst möchte ich einige Hintergrundinformationen zu unseren Mandanten geben. Anschließend werde ich die Bedeutung der Völkermordkonvention und der Charta erläutern und dann auf den Zusammenhang zwischen beiden in diesem Fall eingehen.

Unser Mandant, Hany El-Batnigi, ist kanadischer Staatsbürger und palästinensischer Kanadier, der in Gaza geboren wurde. Er floh 1967 als Jugendlicher während der Razzien der israelischen Armee aus Gaza. 1989 kam er nach Kanada, wo er mit seiner Frau und seinen Kindern lebt. Am 20. September 2023 kehrte Hany zum ersten Mal nach Gaza zurück. Als Israel Anfang Oktober 2023 mit der Bombardierung des Gazastreifens begann, flohen Hany und seine Verwandten von Stadtteil zu Stadtteil, um den Angriffen zu entgehen. Sie mussten unter erschütternden Bedingungen und mit knappen Ressourcen auskommen. Trotz mehrerer Evakuierungsversuche, die über Global Affairs koordiniert wurden, musste Hany immer wieder Rückschläge und Gefahren hinnehmen. Nachdem er am 6. November bei einem Bombenanschlag, der ihn fast getötet hätte, verletzt worden war, gelangte er schließlich nach Ägypten. Tragischerweise erfuhr er in Kairo, dass mehrere Familienmitglieder, darunter seine Nichte und ihre kleinen Kinder, bei Luftangriffen getötet wurden. Hany versuchte später, überlebende Verwandte im Rahmen eines speziellen Flüchtlingsprogramms nach Kanada zu holen, wurde jedoch aufgrund seiner finanziellen Situation als Rentner als nicht förderfähig eingestuft. Tamer Jarada, ein palästinensischer Kanadier aus Calgary, zog 2011 nach Kanada, wo er mit seiner Frau und seinen zwei Kindern lebt. Als im Oktober 2023 die Angriffe Israels auf Gaza begannen, war Herr Jarada in großer Sorge um die Sicherheit seiner Familie. Die meisten seiner Verwandten suchten in Gaza Schutz, aber mit jeder Woche wurde seine Familie kleiner, da seine Mutter, sein Vater, zwei Schwestern, zwei Neffen, ein Onkel und seine Frau, drei Cousins und ihre Ehepartner und die Kinder von zwei dieser Cousins bei den andauernden Bombardierungen Israels getötet wurden. In einem verzweifelten Versuch, seine überlebenden Verwandten zu retten, beantragte Herr Jarada am 9. Januar 2024, 14 Familienmitglieder im Rahmen eines Programms für befristete Aufenthaltsvisa nach Kanada

zu bringen. Während seine Schwester und andere nach Ägypten gelangten, saßen die meisten seiner Familienmitglieder aufgrund bürokratischer Verzögerungen und restriktiver Visabestimmungen fest. Bis zum 19. August 2024 hatten von den 14 von ihm gesponserten Mitgliedern nur zwei unverheiratete Geschwister seiner Ehegattin ein Visum erhalten und durften nach Kanada einreisen. Die Situation seiner Familie ist nach wie vor prekär. Tamer kämpft weiterhin mit einem Trauma, unerfüllten kanadischen Zusagen und einer ungewissen Zukunft für seine Angehörigen. Die Völkermordkonvention ist ein Eckpfeiler des Völkergewohnheitsrechts und wird als solches automatisch in das kanadische Gewohnheitsrecht übernommen, um die verabscheuungswürdige Geißel des Völkermords zu bekämpfen. Die Pflicht zur Verhinderung von Völkermord ist in Artikel 3 der Völkermordkonvention verankert und verpflichtet die Staaten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu handeln und alle angemessenen Maßnahmen zur Verhinderung von Völkermord zu ergreifen, sofern Grund zu der Annahme besteht, dass ein solcher stattfinden könnte. Diese Pflicht ist so wichtig, dass sie Vorrang vor widersprüchlichen Verträgen oder innerstaatlichem Recht hat, und spiegelt damit die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft wider, dass die Verhinderung dieses Verbrechens aller Verbrechen unerlässlich ist. Als Vertragspartei der Völkermordkonvention ist Kanada gesetzlich verpflichtet, im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Verhinderung von Völkermord zu handeln, sofern berechnete Gründe für die Annahme bestehen, dass ein solcher stattfinden könnte. In diesem Zusammenhang ist Kanada aufgrund seiner Pflicht zur Verhinderung von Völkermord gezwungen, alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, die in seiner Macht stehen, um den Angriff im Gazastreifen zu stoppen. Obwohl es Kanada nicht immer gelungen ist, Völkermord zu verhindern, kann es auf eine beachtliche Erfolgsbilanz bei dessen Versuch verweisen, indem es sinnvolle Maßnahmen gegen die Täter ergreift und den Opfern sinnvolle Unterstützung bietet. Stattdessen hat Kanada, wie mein Kollege Herr Lascaris bereits dargelegt hat, im vergangenen Jahr keine nennenswerten Maßnahmen ergriffen, um diplomatischen, wirtschaftlichen oder militärischen Einfluss auf Israel auszuüben, obwohl Hunderte palästinensische Kanadier, darunter Herr El-Batnigi, verzweifelt versuchten, den wahllosen Bombenangriffen Israels auf Gaza zu entkommen.

Kanada hat nichts unternommen, um Israel Einhalt zu gebieten. Wir haben weiterhin Waffenexporte in Rekordhöhe ermöglicht, die militärische Zusammenarbeit gefördert, Gruppen in Kanada erlaubt, Freiwillige für das israelische Militär zu rekrutieren, und es versäumt, Organisationen mit gemeinnützigem Status daran zu hindern, die Operationen des israelischen Verteidigungsministeriums zu subventionieren. Kanadas Handlungen und Äußerungen im Zusammenhang mit einer plausiblen Kampagne Israels zur Vernichtung des palästinensischen Volkes in Gaza verstießen gegen die Pflicht, das Verbrechen des Völkermords zu verhindern, eine Pflicht, die durch das Common Law und die Völkermordkonvention auferlegt wurde. Die Charta ist Teil der kanadischen Verfassung und schützt die Bürgerrechte der Kanadier vor staatlichen Maßnahmen. Abschnitt sieben und 15 der Charta sind von dieser Forderung betroffen. Abschnitt sieben der Charta besagt, dass jeder Mensch das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person hat und dass dieses Recht nur in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Grundgerechtigkeit entzogen werden darf. Die Garantie der grundlegenden Gerechtigkeit gilt für den Entzug der Sicherheit der

Person durch ausländische staatliche Akteure, insofern ein ausreichender Kausalzusammenhang zwischen dem Verhalten Kanadas und dem Entzug besteht. Dies erfordert keine direkte Kausalität, sondern vielmehr eine sinnvolle oder wesentliche Verbindung zwischen den Handlungen Kanadas und dem erlittenen Schaden, sofern der Schaden eine vorhersehbare Folge darstellt. Herr El-Batnigi führt an, dass Kanada durch seine Untätigkeit, alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um Israel an der Begehung des Verbrechens des Völkermordes am palästinensischen Volk zu hindern, und durch seine Zusammenarbeit mit Israel zu einer Beeinträchtigung der physischen und psychischen Sicherheit seiner Person beigetragen hat, während er versuchte, zu überleben und der israelischen Bombardierung von Gaza zu entkommen. Abschnitt 15 der Charta besagt, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und das Recht auf gleichen Schutz und gleiche Vorteile durch das Gesetz ohne Diskriminierung haben. In der Klage wird vorgebracht, dass Kanada Herrn El-Batnigi und Herrn Jarada in zweierlei Hinsicht diskriminiert hat. Erstens diskriminierte Kanada Herrn El-Batnigi, indem es nicht alle angemessenen und in seiner Macht stehenden Maßnahmen ergriff, um Israel an der Begehung des Verbrechens des Völkermordes zu hindern, und damit willkürlich von seiner bisherigen Erfüllung dieser Pflicht in anderen plausiblen Fällen abwich. Zweitens diskriminierte Kanada Herrn El-Batnigi und Herrn Jarada, indem es ihnen den Zugang zu einigermaßen funktionierenden Einwanderungs- und Evakuierungsprogrammen verwehrte, wie sie Kanadiern gewährt werden, die für sich selbst oder Familienmitglieder aus anderen Teilen der Welt Zuflucht suchen. Das Verhalten Kanadas basierte ganz oder teilweise auf der Rasse, Religion oder ethnischen oder nationalen Herkunft von Herrn El-Batnigi und Herrn Jarada als Palästinenser und Muslime. Abschließend sei gesagt, dass das Versäumnis Kanadas, der Pflicht zur Verhinderung von Völkermord nachzukommen, selbst bei offensichtlichen Warnzeichen ein Eingeständnis einer solchen Ungeheuerlichkeit ist, dass es das Gewissen der Kanadier schockieren würde. Dieser Schock wird noch verstärkt durch die Tatsache, dass Kanada sein Verhalten trotz vollständiger Kenntnis der potenziellen Risiken beibehalten hat. Aus diesen Gründen hat die Koalition für kanadische Rechenschaftspflicht in Gaza diese Klage eingereicht und beantragt, dass der Oberste Gerichtshof von Ontario Kanada wegen Pflichtversäumnissen und Verletzung der Rechte von Herrn El-Batnigi und Herrn Jarada verurteilt. Und nun heiße ich Herrn El-Batnigi willkommen, damit auch er uns seine Meinung mitteilen kann.

**Hany El-Batnigi:** Guten Morgen. Mein Name ist Hany El-Batnigi. Ich bin ein palästinensischer Kanadier aus Gaza. Ich lebe in Ottawa. Heute vor fast einem Jahr stand ich hier in einem Presseraum auf dem Parliament Hill, um meine Geschichte zu erzählen. Letzten November trat ich vor die kanadische Regierung, um ihr aus Schock, Trauma und Trauer heraus mitzuteilen, dass ich sofortige Maßnahmen ergreifen müsse, um einen damals scheinbar möglichen Völkermord in Gaza zu stoppen. Ich bin zutiefst traurig und wütend, dass Kanada mir kein Gehör geschenkt hat. Stattdessen hat es im letzten Jahr wie gewohnt mit Israel zusammengearbeitet, es unterstützt, geholfen und Tod und Zerstörung in Gaza begünstigt. Die Tatsache, dass ich immer noch mit gebrochenem Herzen hier vor Ihnen stehe, bedeutet, dass ich zu den Glücklichen gehöre. Am 23. November entkam ich nur knapp dem Tod, als ich versuchte, aus Gaza zu fliehen. Die kanadische Regierung entsandte keine

Militärflugzeuge für meine Evakuierung, wie sie es für mehr als tausend israelische Kanadier und Daueraufenthaltsberechtigte tat. Sie half mir nicht dabei, den Grenzübergang Rafah zu erreichen. Sie ließ mich einfach auf eigene Faust viermal meinen Weg suchen, wobei ich durch Bombardierungen, Trümmer, Zerstörung und Leichen navigieren musste. Angesichts der Toten und Sterbenden grenzt es an ein Wunder, dass ich heute hier bin. Ich bin nicht durch Bomben, Krankheiten oder Hunger gestorben und habe es vermieden, in den Kopf geschossen zu werden. Obwohl ich durch den Schock der Bombenexplosion, die zu Ohrenbluten führte, zu Boden fiel. Ich habe überlebt, aber Menschen, die mir viel bedeuten, haben nicht überlebt. Ich habe meine Nichte Heba und ihre beiden kleinen Kinder verloren. Meine Schwester Nadya wurde von israelischen Scharfschützen angeschossen. Sie befindet sich bis heute in einem kritischen Zustand und hat keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Ich habe überlebt, als Zeuge dessen, was verloren gegangen ist und was niemals ersetzt werden kann. Und seit ich vor einem Jahr das letzte Mal in diesem Presseraum gesprochen habe, konnte mir unser Premierminister nicht einmal in die Augen sehen. Er hat den Verlust palästinensischer Leben nicht betrauert. Stattdessen hat er Israel auf unzählige Weise seine Unterstützung zugesagt.

Ich bin mehr als traurig und betone, dass unsere Regierung, anstatt einen Weg zu finden, ihren Einfluss zur Ermutigung Israels, das Massaker in Gaza zu beenden, zu nutzen, ihr Engagement zur Unterstützung Israels beteuert hat. Unsere Regierung setzt Israel keine roten Linien. Egal wie schrecklich die Verbrechen Israels sind, unsere Regierung weigert sich, ihre Unterstützung für Israel zurückzuziehen. Das Leben palästinensischer Kanadier ist wichtig. Palästinenser sind wichtig. Wir sind Menschen. Wir verdienen Mitgefühl, Unterstützung und Würde. Während Kanada sich offen zum Krieg Russlands in der Ukraine geäußert hat und Geld, Waffen und Unterstützung zum Schutz der Ukraine bereitstellt, lässt es Palästinenser vorsätzlich sterben und leiden. Heute ist mein Anwaltsteam meine Stimme. Es spricht eine Sprache, die Kanadier nicht zum Schweigen bringen können, mit der Kraft des Gesetzes und den Werten der Menschenrechte und des Völkerrechts. Ich habe beim Obersten Gerichtshof von Ontario eine Klage eingereicht, die Kanada dazu zwingt, meine Menschlichkeit als palästinensischer Kanadier anzuerkennen. Diese Klage macht die Kanadier darauf aufmerksam, dass sie die Rechte palästinensischer Kanadier nicht ignorieren können. Sie können unsere Schmerzen nicht ignorieren. Sie können nicht dem Land helfen, das palästinensische Leben zerstört und tötet, und gleichzeitig vorgeben, im Recht zu sein, indem sie abwarten. Kanada wird für unsere Klage vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden. Es geht uns nicht um Geld oder Mitgefühl. Wir bitten das Gericht lediglich darum, zu erklären, dass unsere Rechte wichtig sind und dass Kanada die Verantwortung für den Kampf gegen palästinensische Kanadier, für die Missachtung des Völkerrechts und für die Vernichtung [unverständlich] Schutz trägt. Die Ergreifung sämtlicher Maßnahmen, die in seiner Macht stehen, um einen Völkermord zu verhindern, ist eine grundlegende Verantwortung. Die Welt wartet. Kanada, wir warten auf eine Antwort. Danke.

**DL:** Wir stehen den Medien nun für Fragen zur Verfügung.

**Journalistin:** Hallo. Ich habe soeben mit Ministerin Joly gesprochen. Gestern war die UN-Berichterstatterin für die palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, anwesend. Sie sagte, dass Kanada gegen das Völkerrecht verstößt, da in Gaza ein Völkermord begangen wird. Und Frau Joly erklärte gerade, dass Kanada im Grunde genau das tut, was die Berichterstatterin von Kanada verlangt hat. Jedoch hat die Berichterstatterin gestern unmissverständlich klargestellt, dass Kanada gegen das Völkerrecht verstößt. Was sagen Sie dazu? Und verhält sich Kanada so, wie Frau Joly es beschrieben hat?

**DL:** Ich hätte gerne gehört, wie Frau Joly konkret und präzise erklärt, was Kanada zur Erfüllung seiner Verpflichtungen unternimmt. Wie ich in meinen einleitenden Bemerkungen angedeutet habe, hat die außerordentliche UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese speziell darauf hingewiesen. Kanada liefert weiterhin militärische Ausrüstung an Israel. Kanada kauft sogar militärische Ausrüstung von Israel und bereichert damit die Militärunternehmen, die sich am Massenmord an Palästinensern mitschuldig machen. Und ich erwähnte die Tatsache, dass die kanadische Regierung Pro-Israel-Organisationen, die Geld nach Israel schleusen, den Status der Gemeinnützigkeit zuerkennt und so die Verbrechen Israels reinwäscht. Kanada erlaubt es kanadischen Staatsbürgern, im Namen des israelischen Militärs in Gaza zu kämpfen. Im Fall der Ukraine drohte Frau Joly oder sollte ich besser sagen, die stellvertretende Premierministerin Chrystia Freeland, allen Kanadiern, die auf der Seite Russlands kämpften, mit Strafverfolgung. In diesem Fall gab es nicht nur keine Drohung, sondern der Regierung ist auch bekannt, dass Kanadier in Gaza kämpfen, wo täglich Kriegsverbrechen begangen werden. Ich könnte noch viel mehr aufzählen. Es gibt einfach absolut nichts Konkretes. Frau Joly gibt leere Erklärungen ab, die durch keinerlei Beweise gestützt werden, und wir freuen uns darauf, vor Gericht zu beweisen, dass Kanada seine Verpflichtungen zur Verhinderung von Völkermord in eklatanter Weise nicht erfüllt hat.

**Journalistin:** Ich hätte eine weitere Frage.

**DL:** Gerne.

**Journalist:** Was kann Kanada Ihrer Meinung nach angesichts der heutigen US-Wahl für Palästina tun? Für den Frieden in Palästina, im Konflikt trotz des [unverständlich] und des Bonus des [unverständlich]. Was sollte Kanada Ihrer Meinung nach abgesehen von der Beendigung aller Beziehungen zu Israel unternehmen?

**SM:** Ich denke, wir müssen verstehen, dass Palästina unabhängig vom Wahlausgang in den USA verlieren wird, zumindest was die Reaktion der US-Regierung betrifft. Wir wissen, dass Vizepräsidentin Kamala Harris maßgeblich an der Lieferung praktisch aller Waffen für die Zerstörung und Verwüstung des Gazastreifens durch Israel beteiligt war. Wir wissen, dass der neu gewählte Präsident Trump nun auch beabsichtigt, Israel bei der Erfüllung seiner Zerstörungsmission zu unterstützen, wo immer dies möglich ist. Ich denke, dass dies jetzt ein Weckruf für die Menschen sein muss, sich weiterhin zu mobilisieren und ihre Stimme gegen die kanadische Regierung zu erheben. Kanada sollte sich genauso lautstark gegen die Handlungen Israels aussprechen. Es sollte sich auch gegen die Handlungen der Vereinigten Staaten aussprechen. Die Vereinigten Staaten sind der größte Waffenlieferant für Israel. Wenn

die Vereinigten Staaten nicht Bomben mit einem Gewicht von 2.000 Pfund schicken würden, würden wir die aktuellen Geschehnisse nicht erleben. Wir würden diese Verwüstung nicht sehen. Sie sind genauso schuldig. Sie sind genauso mitschuldig wie Israel. Und Kanada muss sich gegen beide Länder aussprechen.

**Journalist:** Gegen die USA aussprechen?

**SM:** Es ist unerlässlich. Es muss passieren.

**Journalist:** Unter dieser Regierung?

**SM:** Nein, diese Regierung hat kein Interesse daran. Das ist nicht ihre Priorität ... Wie bitte?

**Journalistin:** Unter welcher Regierung könnte sich das ändern?

**SM:** Das müssen die Menschen entscheiden. Aber sicher nicht unter dieser. Diese Regierung ist, wie Herr Lascaris dargelegt hat, an den Geschehnissen nicht unbeteiligt. Sei es, indem sie wohlthätige Organisationen die Operationen des israelischen Verteidigungsministeriums unter Verstoß gegen die CRA-Politik subventionieren lässt, Organisationen die Anwerbung von Freiwilligen für das israelische Militär unter Verstoß gegen das Foreign Enlistment Act erlaubt und die militärische Zusammenarbeit zwischen Kanada und Israel im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen Kanada und Israel fortsetzt. Dies sind nur einige Beispiele des Engagements Kanadas zum jetzigen Zeitpunkt. Darüber hinaus werden weiterhin Waffen an Israel geliefert, was gegen den Vertrag über den Waffenhandel verstößt. Diese Regierung hat also keinerlei Priorität, sich für das palästinensische Volk einzusetzen, und deshalb müssen die Menschen selbst dieser Regierung die Stirn bieten.

**Journalistin:** Und die letzte Frage wäre, da ich hier die einzige Medienvertreterin bin: Glauben Sie, dass Mobilisierung immer noch ein Weg sein kann, um die Meinung der Menschen zu ändern, nicht die der Regierungen, sondern die der Menschen?

**DL:** Ich möchte nur sichergehen, dass ich Sie richtig verstanden habe. Sie sagten Mobilisierung? Ich denke, in dieser Phase müssen wir jedes verfügbare Mittel einsetzen. Die Zivilgesellschaft muss sich zu Wort melden und an Massendemonstrationen teilnehmen, und wenn nötig und angebracht, sogar zivilen Ungehorsam leisten. Wir müssen Petitionen im Parlament einreichen, um auf die Mitschuld Kanadas an diesem Völkermord aufmerksam zu machen. Wir müssen rechtliche Schritte einleiten. Dies ist nur einer von vielen Fällen; es gab tatsächlich noch einen weiteren, der vor kanadischen Gerichten in Bezug auf den Waffentransfer nach Israel angestrengt wurde, und es könnten in Zukunft durchaus noch weitere hinzukommen. Es gibt auch Boykotte. Die Zivilgesellschaft kann etwas bewirken, indem sie nicht mit Konzernen zusammenarbeitet, die sich am israelischen Völkermord mitschuldig machen. Wenn wir alle uns zur Verfügung stehenden Ressourcen und Mittel nutzen, können wir dem ein Ende setzen.

**Journalistin:** Sie sagten, diese Regierung sei mitschuldig. Kann das Gesetz also in irgendeiner Weise etwas bewirken?

**DL:** Wir sind fest davon überzeugt, dass, wenn wir die von uns in diesem Fall beantragte Rechtshilfe, d. h. eine Deklaration, erhalten, Kanada gegen seine Verpflichtung gemäß Artikel eins der Völkermordkonvention zur Verhütung von Völkermord verstößt, dass dies ein sehr schwarzer Fleck in der Bilanz dieser oder einer anderen kanadischen Regierung wäre. Und das würde enormen Druck auf die Regierung ausüben, zu handeln. Aber es kann auch eine Rechtsgrundlage für weitere Maßnahmen werden, die dramatischere Formen der Hilfe beinhalten, wie einstweilige Verfügungen oder finanzielle Entschädigungen. Aber wir sind nur einige der vielen Anwälte auf der ganzen Welt, die rechtliche Schritte einleiten. Es gibt rechtliche Schritte vor den Gerichten der Niederlande. Es gibt rechtliche Schritte in den Vereinigten Staaten. Wir sind Teil einer internationalen Rechtsbewegung, die dem palästinensischen Volk Gerechtigkeit bringen will.

**Journalistin:** Wird diese Art von Maßnahme etwas bewirken können?

**DL:** Wir glauben fest daran. Sonst wären wir nicht hier.

**Journalistin:** Danke.

**Faisal Bhabha:** Hallo, ich bin Faisal Bhabha, Professor für Rechtswissenschaften an der Osgoode Hall Law School in Toronto. Ich habe mich diesem Anwaltsteam angeschlossen, um diese beiden Mandanten, Herrn Tamer Jarada und Hany El-Batnigi, in der Klage gegen die kanadische Regierung aufgrund der Nichterfüllung ihrer rechtlichen Verpflichtungen zu vertreten. Wir sind zutiefst traurig und empört, über das Versagen unseres Landes, dieser Regierung, sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, wie sie es in der Vergangenheit getan hat, um für den Frieden einzutreten und Maßnahmen zur Verhinderung von Völkermord zu ergreifen. Wir haben glaubwürdige Informationen aus glaubwürdigen Quellen, darunter auch vom Internationalen Gerichtshof, die uns in Bezug auf die Zustände in Gaza alarmieren. Und wir haben eine kanadische Regierung, die nach eigener Aussage eng mit Israel verbunden ist. Und dennoch hat sie es versäumt, auch nur irgendeine sinnvolle Maßnahme zu ergreifen, um das völkermörderische Vorgehen Israels in Gaza zu stoppen.

**Yavar Hameed:** Mein Name ist Yavar Hameed und ich bin zusammen mit meinen Kollegen Teil der Koalition für kanadische Rechenschaftspflicht in Gaza, die sich mit einem der wahrscheinlich wichtigsten nationalen und internationalen Menschenrechtsthemen unserer Zeit befasst. Vor einem Jahr befanden wir uns zusammen mit Hany El-Batnigi und Tamer Jarada auf dem Parliament Hill und machten die kanadische Regierung praktisch auf die sich damals entwickelnde Situation aufmerksam, die wir für einen Völkermord hielten. Heute haben sich die Fakten nur noch verschlimmert, mit Zehntausenden von Toten und ungeheuren Gräueltaten. Und wir haben gesehen, dass die kanadische Regierung ihre Position zur Unterstützung Israels lediglich verdoppelt hat. Es muss Widerstand geleistet werden. Es muss Widerstand durch das Mittel des Rechts geleistet werden. Und unsere Koalition bringt diese Frage direkt vor Gericht. Dabei hoffen wir, einen wichtigen Präzedenzfall zu schaffen, um unsere Regierung für ihre Untätigkeit und ihren Verzicht auf angemessene Maßnahmen zur Verhinderung des Verbrechens des Völkermords zur Verantwortung zu ziehen.

## ENDE

**Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:**

**BANKKONTO:**

Kontoinhaber: acTVism München e.V.  
Bank: GLS Bank  
IBAN: DE89430609678224073600  
BIC: GENODEM1GLS

**PAYPAL:**

E-Mail: [PayPal@acTVism.org](mailto:PayPal@acTVism.org)

**PATREON:**

<https://www.patreon.com/acTVism>

**BETTERPLACE:**

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: [info@acTVism.org](mailto:info@acTVism.org)